

«Eine moderne Form von Sklaverei»

In der bolivianischen Region Alto Parapeti spitzt sich der Konflikt zwischen Grundbesitzern und landlosen Indigenas zu – diese akzeptieren nicht länger, in Abhängigkeit von den Gutsherren zu leben.

Hungrige Geier kreisen über dem ausgetrockneten Flussbett. Bei 40 Grad im Schatten im dürren Trockenwald des bolivianischen Chaco regt sich kein Leben. Camiri, die nächste Ortschaft, liegt drei Autostunden entfernt, sechs Gatter sind unterwegs zu passieren. Wenn es mal regnet, verwandelt sich die staubige Piste in ein unpassierbares Schlamminferno. Die Region Alto Parapeti im Südosten Boliviens befindet sich fernab der Zivilisation – und ist trotzdem umkämpft. Auf der einen Seite stehen ein paar wenige Bauern, die auf Tausenden von Hektaren in den Tälern Viehzucht betreiben. Auf der anderen Seite steht die Forderung nach Land von rund 2700 bolivianischen Guaranies.



Das indianische Volk der Guarani verteilt sich auf Bolivien, Paraguay, Argentinien und Brasilien, wurde im 17. Jahrhundert von den Jesuiten in sogenannten Missionen christianisiert und konnte sich im Schutz der Kirche der Ausbeutung durch spanische Gutsherren entziehen. Nach der Auflösung der Missionen im 18. Jahrhundert durch die spanische Krone waren die Indianer wieder auf sich alleine gestellt und gründeten weit verstreute Siedlungen. Später tauchten «neue Besitzer» auf, zäunten Weiden ein – und plötzlich waren zahlreiche Indianergruppen gefangen in «Privateigentum».

Einkaufen beim Gutsherrn

Wie in Yaiti, wo Andrea Cerezo lebt. Zuerst muss man durch eine Viehkoppel fahren, dann am weiss getünchten Haus des Besitzers vorbei, bis man zu ihrer mit Schilf

gedeckten, an drei Seiten offenen Hütte kommt. Sie lebt hier mit Mann, Sohn, Schwiegertochter und Enkel: zwei Betten mit durchgelegenen Matratzen, ein paar Habseeligkeiten in Plastiksäcken, daneben ein Lehmofen und ein Mörser aus einem alten Baumstumpf, in dem Andrea gerade Mais mahlt, um daraus Fladen zu backen. Zwischen ihren Beinen laufen ein paar Hühner herum auf der Suche nach Essbarem. Es gibt weder Strom noch Wasser. Ihre Wasserkessel füllt die 58-Jährige am Parapeti-Fluss einen halben Kilometer entfernt. Gekocht wird mit ein paar schwarzen Töpfen, gegessen wird aus Kokosnussschalen.

Mais und Bohnen baut die Familie selber an, auf einem Grundstück so gross wie eine Doppelhausgarage. Der Gutsherr hat ihnen das kärgste, steinigste Stück Land zugewiesen. Wenn sie mal etwas anderes essen wollen oder Zucker und Seife brauchen, müssen sie beim Gutsherrn arbeiten – um anschliessend den Lohn in dessen Laden wieder auszugeben. Ein Liter Speiseöl kostet dort rund drei Franken – das ist der Lohn eines ganzen Tages. «Das war schon immer so», erinnert sich Andrea, die schon als Kind bei der Ernte und Aussaat auf dem Gut mithalf. Inzwischen bekommen sie und andere aufmüpfige Gemeindemitglieder keinen Job mehr auf der Hacienda. Als «moderne Form von Sklaverei» bezeichnen Menschenrechtsorganisationen diese Knechtschaft.

Guaranies wehren sich

Die Gesundheitsstation ist der einzige Steinbau der Guarani-Siedlung – errichtet 2006 mit Zustimmung des Gutsherrn. Im Innern herrscht gähnende Leere. Krankenschwester Elsa muss mit einem abgewetzten Zahnarztstuhl, einer Waage, einer Messlatte, sterilen Verbänden und Schmerzmitteln auskommen. Impfstoffe gibt es keine, und die Toilette hat mangels Wasseranschluss nie funktioniert. «Ohne Schweizerisches Rotes Kreuz, das ab und zu Medikamente vorbeibringt und Kinder impft, würden wir hier jämmerlich krepieren», sagt Elsa. 90 Prozent der Guaranies leben unterhalb der Armutsgrenze, 78 von 1000 Kindern sterben bei oder kurz nach der Geburt.

Andrea wurde jung schwanger, doch ihre Tochter starb nach wenigen Tagen. Keine drei Wochen später starb auch Andreas Mutter bei der Geburt ihres zehnten Kindes. Andrea zog ihren jüngsten Bruder Justino gross. Mit

13 fing er an, auf dem Gut der Familie Chavez zu arbeiten. Klaglos fügte er sich in sein Schicksal. Bis er sich eines Tages mit dem Patron anlegte, weil ihm der Tageslohn zu gering erschien und er sich total verschuldet hatte. Der Gutsherr entliess ihn – und Justino begann, mit den übrigen 20 Familien über die Lage zu diskutieren. Heute ist er 30 Jahre alt, Vater von fünf Kindern, Capitan – so heissen die Stammesführer – und lebt aus Sicherheitsgründen nicht auf dem Gebiet des Gutsherrn, sondern in der Ortschaft Camiri.

Als die Guaranies aufzubegehren begannen, nahm der Konflikt seinen Lauf. Die Gutsherren bedrohten die Aufwiegler und verweigerten ihnen den Zugang zu «ihrem Privatbesitz». Einer brannte aus Wut die Schule auf seiner Hacienda nieder. Seit zwei Jahren werden die Kinder dort im Schatten eines Baumes unterrichtet. Die zuständige Bürgermeisterin und selbst Landbesitzerin argumentiert, sie habe keine Genehmigung für den Bau einer neuen Schule auf Privatland.

Vor einigen Monaten erreichte die Konfrontation ihren Höhepunkt, als der grösste Landherr des Alto Parapeti dem Vizeminister für die Landreform die Zufahrt verwehrte und die Reifen seines Jeeps durchschoss.

«Ihnen geht es doch gut hier»

«Das ist unser Land», sagt Rene Chavez, einer der Söhne des Gutsherrn von Yaiti, und kramt zur Bestätigung einen mehrseitigen Kaufvertrag aus der Schublade. «So einfach lassen wir uns das nicht wegnehmen, nur weil ein paar Kommunisten den Indigenas Flausen in den Kopf gesetzt haben.» Der 60-Jährige mit dem wettergegerbten Ge-

sicht und dem weissen Haar ist hier aufgewachsen und unterrichtet an der kleinen Grundschule. So ganz versteht er nicht, wie ein Indigena Präsident von Bolivien werden konnte und warum seine Arbeiter aufmüpfig werden. «Ihnen geht es doch gut hier, dank mir haben sie eine Schule und Arbeit», sagt Chavez. Seine 460 Hektaren haben ihm ein Haus, einen Geländewagen und ein Studium für die Kinder ermöglicht. Aus Sicht der Indigenas ist Chavez immens reich – aus Sicht der bolivianischen Soja- und Rinderbarone in der Provinzhauptstadt Santa Cruz ist er ein armer Schlucker. Die Bauern des Alto Parapeti sind ihnen aber willkommene Verbündete gegen die Regierung des linken Präsidenten Evo Morales.

Gutsbesitzer Chavez vermutet, Opfer einer Intrige zu sein – er ist davon überzeugt, dass die Regierung an der Enteignung des Alto Parapeti arbeitet. «Hier gibt es Erdöl und Erdgas», sagt er: «Und das will sich die Regierung unter den Nagel reissen. Die Indigenas sind dafür doch nur ein Vorwand.» In der Tat ist Camiri die «Erdölstadt Boliviens». Der ganze Chaco wimmelt von Ingenieuren ausländischer Konzerne, die hier nach Bodenschätzen suchen und auch schon fündig wurden – unter anderem auf der Hacienda des Bauern. Seine Cousine sieht bereits «Ströme von Blut fliessen».

Das würde Sonia Soto, die Menschenrechts-Ombudsfrau der Provinz Santa Cruz, gerne verhindern. Doch die Fronten sind verhärtet. «Die Regierung hat die Landfrage zur Priorität gemacht. Für die Guaranies wäre es besser gewesen, erst einmal auf soziale Verbesserungen und die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen», glaubt sie.>